

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	IX
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Einführung	1

Erster Teil: Der Schiedsspruch in der Rechtsordnung

§ 1 Die Wirkungen des Schiedsspruchs in der Rechtsordnung.....	7
§ 2 Der Schiedsspruch und seine Erscheinungsformen	28
§ 3 Rechtfertigung und Grenzen eines antizipierten Legal- anerkenntnisses	66

Zweiter Teil: Die prozessuale Gestaltungsfreiheit im Schiedsverfahren

§ 4 Begriff der prozessualen Gestaltungsfreiheit	71
§ 5 Die Vereinbarung der Parteien über die Verfahrensgestaltung.....	80
§ 6 Die Inbezugnahme einer Schiedsordnung (§ 1042 Abs. 3, 2. Alt. ZPO)	101
§ 7 Das freie Ermessen des Schiedsgerichts	121

Dritter Teil: Grenzen prozessualer Gestaltungsfreiheit

§ 8 Die Bindung an zwingende Verfahrensvorschriften	137
---	-----

**Vierter Teil:
Der Anspruch auf rechtliches Gehör
im Schiedsverfahren**

§ 9	Grundlagen des Gehörsanspruchs in Schiedsverfahren	157
§ 10	Der Umfang des rechtlichen Gehörs vor staatlichen Gerichten und vor Schiedsgerichten	181
§ 11	Inhalt und Umfang des Gehörsanspruchs im Schiedsverfahren	198
§ 12	Rechtliches Gehör und Verfahrenssprache	218
§ 13	Das Recht auf die Hinzuziehung eines Verfahrensbevollmächtigten	229
§ 14	Das Recht auf Information	247
§ 15	Schiedsgerichtliche Aufklärungs- und Hinweispflichten	269
§ 16	Das Recht auf Äußerung vor dem Schiedsgericht	289
§ 17	Das Recht auf Beweiserhebung	315
§ 18	Pflicht zur Kenntnisnahme und Berücksichtigung	338
§ 19	Rechtliches Gehör und „Versäumnisverfahren“	363

**Fünfter Teil:
Grundstrukturen des Aufhebungsverfahrens
am Beispiel der Verletzung rechtlichen Gehörs**

§ 20	Grundstrukturen des Aufhebungsverfahrens nach § 1059 ZPO	377
§ 21	Die Rüge der Verletzung rechtlichen Gehörs im Schiedsverfahren	383
§ 22	Die Geltendmachung der Gehörsverletzung im Aufhebungs- bzw. Vollstreckbarerklärungsverfahren nach §§ 1059 f. ZPO	394
§ 23	Die Aufhebung eines Grundschiedsspruchs	440
 Zusammenfassung in Thesen und Schlussbetrachtung		467
 Literaturverzeichnis		483
 Sachregister		507

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	IX
Inhaltsübersicht	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Einführung	1

Erster Teil: Der Schiedsspruch in der Rechtsordnung

§ 1 Die Wirkungen des Schiedsspruchs in der Rechtsordnung	7
I. Die Integration des Schiedsspruchs in die Rechtsordnung.....	7
1. Kein hoheitliches Handeln des Schiedsgerichts	7
2. Der Schiedsspruch als Vertrag, auf den allenfalls eine weitere Klage gestützt werden kann	8
3. Die Anerkennung des Schiedsspruchs als Voraussetzung seiner Integration in die Rechtsordnung	9
a) Die Integration des Schiedsspruchs durch eine gerichtliche Anerkenntnisentscheidung	11
b) Die Integration des Schiedsspruchs durch ein antezipiertes Legalanerkenntnis	13
II. Die Unterscheidung zwischen in- und ausländischen Schiedssprüchen bei der Anerkennung.....	17
III. Die Wirkungen des antezipierten Legalanerkenntnisses nach § 1055 ZPO.....	19
1. Keine Titelwirkung des Schiedsspruchs	19
2. Die formelle Rechtskraft des Schiedsspruchs.....	20
a) Grundlagen der formellen Rechtskraft	20
b) Vereinbarung eines Oberschiedsgerichts	20
c) Keine Dispositionsbefugnis der Parteien über die formelle Rechtskraft.....	21

3. Die materielle Rechtskraft des Schiedsspruchs	22
a) Berücksichtigung der Rechtskraft von Amts wegen	22
b) Keine privatautonome Aufhebung der Rechtskraft.....	24
4. Die Rechtskraftfähigkeit des funktionengleichen Urteils als Grenze	25
5. Die subjektiven Grenzen der Rechtskraft	26
 § 2 Der Schiedsspruch und seine Erscheinungsformen	28
I. Der Begriff des Schiedsspruchs.....	28
1. Materieller vs. formeller Schiedsspruchsbegriff.....	28
a) Der materielle Schiedsspruchsbegriff in §§ 1055, 1060 ZPO	29
b) Der formelle Schiedsspruchsbegriff in § 1059 ZPO	31
aa) Die enge Auslegung des Schiedsspruchsbegriffs	31
bb) Die weite Auslegung des Schiedsspruchsbegriffs	32
2. Die Definition eines Schiedsspruchs im materiellen Sinne	34
a) Die Streitentscheidung durch ein Schiedsgericht.....	36
aa) Die Abgrenzung zwischen Streiterledigung und Streitentscheidung.....	36
bb) Das Schiedsverfahren in Abgrenzung zur Mediation	36
cc) Die Abgrenzung des Schiedsverfahrens vom Schiedsgutachten	38
dd) Die Abgrenzung zu Vereins- und Verbandsgerichten	38
ee) Die Kombination von Mediation und Schiedsverfahren (Med-Arb)	39
b) Die (angestrebte) Endgültigkeit der Entscheidung.....	40
c) Die Substitution staatlicher Gerichte.....	41
aa) Der Vorrang des Schiedsverfahrens nach § 1032 Abs. 1 ZPO	42
bb) Die Absicherung des Schiedsspruchs durch das Verbot der révision au fond	44
d) Legalanerkenntnis auch ohne Schiedsvereinbarung	46
e) Das Erfordernis der Entscheidung durch ein konstituiertes Schiedsgericht.....	47
f) Der materielle Begriff des Schiedsspruchs	49
g) Abgrenzung zu anderen Äußerungen des Schiedsgerichts	49
3. Die formalen Anforderungen an einen Schiedsspruch	49

II.	Besondere Erscheinungsformen des Schiedsspruchs	51
1.	Teilschiedsspruch.....	52
2.	Vorbehaltsschiedsspruch.....	53
3.	Zwischen,,schiedsspruch“	53
4.	Grundschiedsspruch.....	55
5.	Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut	58
6.	Prozesschiedsspruch.....	62

§ 3	Rechtfertigung und Grenzen eines antizipierten Legalanerkenntnisses.....	66
-----	---	----

Zweiter Teil:
Die prozessuale Gestaltungsfreiheit
im Schiedsverfahren

§ 4	Der Begriff der prozessualen Gestaltungsfreiheit	71
I.	Die Freiheit, eine Schiedsvereinbarung abzuschließen	73
II.	Die Freiheit, das in der Sache anwendbare Recht zu bestimmen	75
III.	Die prozessualen Gestaltungsfreiheiten.....	77
IV.	Der Schutz der Verfahrensautonomie durch das Schiedsverfahrensrecht	79
§ 5	Die Vereinbarung der Parteien über die Verfahrensgestaltung.....	80
I.	Abgrenzung der Verfahrensvereinbarung von der Schiedsvereinbarung	80
II.	Die Arten der Verfahrensvereinbarungen.....	83
III.	Die Rechtsnatur der Verfahrensvereinbarung	84
IV.	Der Abschluss der Verfahrensvereinbarung	85
1.	Der Zeitpunkt des Abschlusses	85
2.	Die rückwirkende Geltung von Verfahrensvereinbarungen	87
3.	Das auf die Verfahrensvereinbarung anwendbare Recht	90
4.	Das Zustandekommen der Verfahrensvereinbarung	93
V.	Die Folgen einer unwirksamen Verfahrensvereinbarung	96

1. Fälle einer Fehleridentität	96
2. Unwirksame oder undurchführbare Verfahrensvereinbarung.....	97
VI. Die Loslösung von einer Verfahrensvereinbarung	99
§ 6 Die Inbezugnahme einer Schiedsordnung	
(§ 1042 Abs. 3, 2. Alt. ZPO)	101
I. Grundsätzliches zur Inbezugnahme einer institutionellen oder freien Schiedsordnung	101
II. Die Rechtsnatur von Schiedsordnungen.....	103
1. Der gegenwärtige Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur.....	103
2. Bestimmung der Rechtsnatur von Schiedsordnungen	104
a) Die Einordnung als Prozessverträge	104
b) Die Einordnung institutioneller Schiedsordnungen als Allgemeine Geschäftsbedingungen?.....	105
aa) Vereinbarung einer institutionellen Schiedsgerichtsordnung in AGB	105
bb) Individuelle Vereinbarung einer Schiedsordnung	106
c) Die Einordnung als typisierte Verfahrensvereinbarung	108
d) Exkurs: AGB im Verhältnis zur Schiedsgerichtsinstanz.....	108
e) Exkurs: AGB im Verhältnis zu den Schiedsrichtern.....	110
3. Exkurs: Exemplarische Inhaltskontrolle von Schiedsverfahrensordnungen	111
a) Auslegung von Schiedsordnungen	111
b) Grundsätze der Inhaltskontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen	111
c) AGB-Kontrolle ausgewählter Verfahrensordnungen.....	113
aa) Grundsätzliches zum Prüfungsmaßstab	113
bb) Schiedsordnung der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS)	114
cc) Schiedsordnung der International Chamber of Commerce (ICC)	117
dd) Schiedsordnung der Stockholm Chamber of Commerce (SCC)	119

§ 7 Das freie Ermessen des Schiedsgerichts.....	121
I. Der Begriff des Ermessens	122
II. Der Begriff des Ermessens in Abgrenzung zu anderen Ermessensformen.....	123
1. Das gelenkte Ermessen	124
2. Die Entscheidung nach billigem Ermessen als Form gelenkten Ermessens	124
3. Die Entscheidung nach pflichtgemäßem Ermessen	125
III. Keine Pflicht aus § 1042 Abs. 4 ZPO, Verfahrensregeln zu bestimmen	127
IV. Form der Ermessensausübung	129
V. Nachprüfbarkeit schiedsrichterlichen Ermessens?	129
1. Ermessensüberprüfung im Verfahren vor staatlichen Gerichten.....	129
2. Ermessensüberprüfung bei Schiedsverfahren	131
a) Missachtung einer Ermessenslenkung	131
b) Sonstige Ermessensfehler.....	132

Dritter Teil:
Grenzen prozessualer Gestaltungsfreiheit

§ 8 Die Bindung an zwingende Verfahrensvorschriften	137
I. Die fundamentalen Verfahrensprinzipien als Grenze prozessualer Gestaltungsfreiheit	137
II. Die zwingenden Vorschriften der <i>lex arbitri</i> als Grenze prozessualer Gestaltungsfreiheit	138
1. Überblick über die zwingenden Vorschriften	140
2. Überblick über die dispositiven Vorschriften	141
3. Zweifelhafte Regelungen	142
III. Die Respektierung zwingender Vorschriften bei der Vollstreckbarerklärung nach dem <i>New Yorker</i> Übereinkommen	143

Vierter Teil:
Der Anspruch auf rechtliches Gehör
im Schiedsverfahren

§ 9	Grundlagen des Gehörsanspruchs im Schiedsverfahren	157
I.	Bedeutung, Zweck und Dimension des Anspruchs auf rechtliches Gehör	158
II.	Abgrenzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör vom Gleichheitssatz.....	159
III.	Abgrenzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör vom Justizgewährungsanspruch	160
	1. Die Abgrenzung von Justizgewährung und Gehörgewährung	160
	2. Exkurs: Die Anfechtung eines Prozessschiedsspruchs	161
IV.	Grundlage des Anspruchs auf rechtliches Gehör im Schiedsverfahren.....	166
	1. Unmittelbare Bindung des Schiedsgerichts an Art. 103 Abs. 1 GG?	167
	2. Mittelbare Bindung des Schiedsgerichts an Art. 103 Abs. 1 GG?	171
	a) Die Konzeption Distlers	171
	b) Kritik	171
	c) Mittelbare Bindung aus der Gleichwertigkeitsthese	172
	d) Keine direkte Bindung durch mittelbare Drittwirkung der Grundrechte	173
V.	Bindung des Schiedsgerichts an Art. 6 Abs. 1 EMRK?	174
VI.	Der Schutz des rechtlichen Gehörs durch <i>lex arbitri</i> und völkerrechtliche Verträge	178
§ 10	Der Umfang des rechtlichen Gehörs vor staatlichen Gerichten und vor Schiedsgerichten	181
I.	Der Umfang des rechtlichen Gehörs in der höchstrichterlichen Rechtsprechung.....	181
II.	Meinungsstand und Kritik in der Literatur	183
III.	Die Notwendigkeit, den Umfang in Schiedsverfahren autonom zu bestimmen	184
	1. Übertragung der Prämissen Schneiders auf die deutsche <i>lex arbitri</i>	184

2. Unterschiede zwischen Verfahren vor staatlichen Gerichten und Schiedsgerichten	184
3. Der Anspruch auf rechtliches Gehör im Schiedsverfahren als rein verfahrensrechtlicher Anspruch?.....	186
a) Bestandsaufnahme: Verfahrensfehler, die zugleich gegen Art. 103 Abs. 1 GG verstößen	186
b) Das Nebeneinander von verfassungsrechtlichem und zivilprozessualem Gehörsanspruch	187
c) Schlussfolgerung: Der einheitliche Gehörsanspruch im Schiedsverfahrensrecht	187
4. Ergebnis	189
IV. Exkurs: Bedeutung des rechtlichen Gehörs im Anerkennungs- und Vollstreckbarerklärungsverfahren nach § 1061 ZPO.....	190
1. Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung	190
2. Lösung unter Berücksichtigung der beteiligten Interessen....	192
V. Die Konkretisierung des rechtlichen Gehörs in der lex arbitri, in Verfahrensordnungen und durch Parteivereinbarungen	195
1. Die Unterscheidung im Verfahren vor den staatlichen Gerichten	195
2. Die Bedeutung des § 1042 Abs. 1 S. 2 ZPO im Schiedsverfahren.....	196
 § 11 Inhalt und Umfang des Gehörsanspruchs im Schiedsverfahren	198
I. Inhaber des Anspruchs auf Gewährung rechtlichen Gehörs.....	198
1. Parteien als Inhaber des Anspruchs	198
a) Bestimmung als Partei.....	198
b) Partefähigkeit im Schiedsverfahren	199
2. Gehörsanspruch von Nicht-Parteien	201
a) Gehörsanspruch des Nebenintervenienten	201
b) Gehörsanspruch von Streitverkündeten	204
c) Gehörsanspruch unmittelbar betroffener Dritter	205
3. Vertretung der Partei.....	206
4. Zusammenfassung.....	206
II. Zur Gewährung rechtlichen Gehörs Verpflichtete	207
1. Das Schiedsgericht als Verpflichteter des Gehörsanspruchs	207
2. Die Schiedsinstanz als Verpflichtete des Gehörsanspruchs	209

3. Die Aushilfstätigkeit durch staatliche Gerichte	210
a) Zweck des § 1050 ZPO	210
b) Voraussetzungen des gerichtlichen Tätigwerdens für das Schiedsgericht	210
c) Der Gehörsanspruch der Parteien	211
aa) Anwesenheitspflicht der Schiedsrichter?	212
bb) Anspruch der Parteien, gehört zu werden	212
4. Die Parteien als Schuldner des Gehörsanspruchs	213
III. Die zeitliche Geltung des Anspruchs auf rechtliches Gehör im Schiedsverfahren	214
IV. Das Recht und die Pflichten aus dem Gehörsanspruch	216
V. Inhalt des im Schiedsverfahren zu gewährenden rechtlichen Gehörs	217
 § 12 Rechtliches Gehör und Verfahrenssprache	218
I. Bedeutung der Verfahrenssprache für die Gewährung rechtlichen Gehörs	218
II. Vereinbarung der Verfahrenssprache	219
1. Form der Vereinbarung	219
2. Zeitpunkt der Vereinbarung	220
3. Grenzen der Vereinbarung über die anwendbare Sprache	222
III. Bestimmung der Verfahrenssprache durch das Schiedsgericht	223
1. Ermessenserwägungen bei der Bestimmung	223
2. Verfahren zur Bestimmung der Sprache	224
3. Die Verfahrenssprache bis zu einer Bestimmung	225
IV. Bedeutung der Verfahrenssprache für das Schiedsverfahren	226
V. Fehlerfolgen	228
 § 13 Das Recht auf Hinzuziehung eines Verfahrensbevollmächtigten	229
I. Grundstrukturen der Regelung in § 1042 Abs. 2 ZPO	229
II. Die dogmatische Einordnung von § 1042 Abs. 2 ZPO	230
III. Der Begriff des Rechtsanwalts in § 1042 Abs. 2 ZPO	232
1. Die Erstreckung auf ausländische Rechtsanwälte	232
2. Die erweiterte Auslegung des Rechtsanwaltsbegriffs	232
IV. Die Frage der Anwendung von § 97 ZPO auf das Schiedsverfahren	233

1. Die frühere Rechtslage.....	234
2. Die Übertragung auf die geltende Rechtslage	235
V. Das Erfordernis der Bevollmächtigung durch eine Partei	235
VI. Der Umfang der Zulassung von Rechtsanwälten im Schiedsverfahren.....	236
VII. Bestimmungen über die Qualifikation der Prozessbevollmächtigten	236
1. Vereinbarungen durch die Parteien.....	236
2. Ermessensentscheidung durch das Schiedsgericht?.....	238
3. Ergebnis	239
VIII. Anfechtbarkeit des Schiedsspruchs bei Verstoß gegen den Grundsatz der Anwaltszulassung.....	239
IX. Exkurs: Das „Anwaltsschiedsverfahren“.....	240
1. Grundstrukturen des „Anwaltsschiedsverfahrens“	240
2. Die Einschränkung der Postulationsfähigkeit vor staatlichen Gerichten.....	241
3. Die Situation im Schiedsverfahren	243
a) Die Vereinbarung eines „Anwaltsschiedsverfahrens“ durch die Parteien.....	243
b) Die Anordnung eines „Anwaltsschiedsverfahrens“ durch das Schiedsgericht.....	244
c) Der Sonderfall einer verarmten Partei.....	245
 § 14 Das Recht auf Information	247
I. Besonders geregelte Informationspflichten	247
1. Information über das eingeleitete Schiedsverfahren.....	247
2. Information über die Bestellung des Schiedsgerichts	248
3. Information über Interessenkonflikte.....	249
a) Sachliche Reichweite	250
b) Adressaten und Form der Information	251
4. Weitere Informationspflichten	252
II. Das Recht auf sonstige Informationen.....	253
III. Die Form der Information.....	254
IV. Zeitpunkt der Information.....	255
V. Die Empfangsfiktion bei unbekanntem Aufenthaltsort einer Partei (§ 1028 ZPO).....	256
1. Empfangsfiktion und rechtliches Gehör	257
a) Rechtfertigung durch Pflichtverletzung?	257
b) Rechtfertigung durch den Gedanken praktischer Konkordanz	258

2. Voraussetzungen der Empfangsfiktion nach § 1028 ZPO	260
a) Der Begriff der schriftlichen Mitteilung	260
b) Aufenthaltsort des Erklärungsempfängers unbekannt.....	263
c) Versuch, die Mitteilung zu übermitteln.....	265
3. Wirkungen der Empfangsfiktion.....	266
4. Fehlerfolgen	267
5. Abweichende Parteivereinbarungen	267
§ 15 Schiedsgerichtliche Aufklärungs- und Hinweispflichten.....	269
I. Zweck und Einordnung richterlicher Hinweispflichten am Beispiel des § 139 ZPO	270
1. Inhalt richterlicher Hinweispflichten nach § 139 ZPO.....	270
2. Dogmatische Einordnung richterlicher Hinweispflichten	271
3. Folgerungen für die Aufklärungs- und Hinweispflichten im Schiedsverfahren.....	273
a) Der Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung.....	273
b) Kritische Würdigung und Herleitung aus dem verfahrensrechtlichen Gehörsanspruch	273
c) Die Ableitung schiedsgerichtlicher Hinweispflichten aus dem beschränkten Untersuchungsgrundsatz	275
II. Umfang der Hinweispflichten im Schiedsverfahren.....	276
III. Exkurs: Vereinbarung einer Aufklärungspflicht durch die Parteien (§ 24 DIS-SchiedsO)	278
IV. Das Verbot des Überraschungsschiedsspruchs.....	281
1. Einordnung der Problematik und Versuch einer Verallgemeinerung.....	281
2. Fallgruppen einer Überraschungentscheidung	282
a) Nicht erörterte Entscheidungspunkte	282
b) Überraschende Änderung der Rechtsauffassung.....	283
c) Entscheidung vor Fristsetzung	284
d) Überraschung durch eine Änderung der Rechtsprechung?	285
V. Schiedsgerichtliche Hinweispflichten und „iura novit curia“	286
§ 16 Das Recht auf Äußerung vor dem Schiedsgericht	289
I. Das Recht auf Äußerung.....	289
1. Zeitpunkt des Rechts auf Äußerung.....	290
a) Grundsatz	290

b) Rechtliches Gehör bei vorläufigen oder sichernden Maßnahmen nach § 1041 ZPO	290
2. Bezugspunkte des Rechts auf Äußerung	292
a) Die Konkretisierung des Äußerungsrechts in § 1046 Abs. 2 S. 1 ZPO	292
b) Das Recht auf Äußerung zu Beweisergebnissen	293
c) Recht auf Äußerung bei prozessualen Maßnahmen	294
d) Das Recht auf Äußerung als Grenze der Berücksichtigung	296
3. Die tatsächliche Möglichkeit zur Äußerung	297
4. Umfang und immanente Grenzen des Äußerungsrechts	298
5. Recht auf Äußerung und Zeitbeschränkungen <i>(chess clock arbitration)</i>	300
II. Die Form der Äußerung – Anspruch auf eine mündliche Verhandlung?	303
1. Das Verhältnis von Gehörsanspruch und mündlicher Verhandlung	303
2. Die Regelungen zur mündlichen Verhandlung in § 1047 Abs. 1 ZPO	304
a) Die Parteien haben keine Vereinbarung über eine mündliche Verhandlung getroffen	305
b) Die Parteien haben vereinbart, dass mündliche Verhandlungen durchzuführen sind	306
c) Die Parteien haben die mündliche Verhandlung ausgeschlossen	307
3. Der Begriff der mündlichen Verhandlung	308
4. Fehlerfolgen	310
5. Ort der mündlichen Verhandlung	311
6. Durchführung der mündlichen Verhandlung	311
III. Rechtliches Gehör und Verhinderung	312
§ 17 Das Recht auf Beweiserhebung	315
I. Das Übergehen eines Beweisangebots	316
II. Der Gehörsanspruch als Anspruch auf Beweiserhebung	317
1. Der Gehörsanspruch als Recht auf Beweiserhebung?	317
2. Das Übergehen eines Beweisangebots als Verletzung rechtlichen Gehörs?	319
a) Die Formel vom Übergehen aus „Gründen des formellen und materiellen Rechts“	319

b)	Schlussfolgerungen aus dieser Formel und Eingrenzung durch den BGH	320
c)	Kritik an der vorherrschenden Auffassung	321
d)	Suche nach einer handhabbaren, möglichst allgemeingültigen Lösung	322
aa)	Die Zurückweisung aus Gründen des materiellen Rechts	322
bb)	Die Zurückweisung aus Gründen des formellen Rechts	324
e)	Vorschlag einer neuen Formel	326
f)	Formelle Gründe für das Übergehen eines Beweisangebots	327
aa)	Vereinbarung der Parteien über die Beweiserhebung	327
bb)	Kein Erfordernis eines förmlichen Beweisantrags	328
cc)	Fehlende Beweisbedürftigkeit	328
dd)	Vorwegnahme einer Beweiswürdigung	330
ee)	Keine Bindung an den Strengebeweis	330
ff)	Der Ausforschungsbeweis	331
gg)	Beweisangebot und Verfahrenskosten	331
hh)	Missbräuchlicher Einsatz eines Beweisantrags	332
ii)	Anspruch auf Beweiserhebung durch Bestellung eines Sachverständigen	332
III.	Rechtliches Gehör vs. schiedsrichterliche Beweiswürdigung	333
IV.	Rechtliches Gehör und Beweismittelbeschränkung	334
V.	Vermutung des rechtmäßigen Übergehens eines Beweisantrags	336
§ 18	Pflicht zur Kenntnisnahme und Berücksichtigung	338
I.	Pflicht zur geistigen Verarbeitung des Vortrags	338
II.	Keine Pflicht, sich in der Begründung damit auseinanderzusetzen	340
III.	Falsche Tatsachenfeststellung als Verletzung rechtlichen Gehörs?	341
IV.	Rechtliches Gehör und Präklusion	344
1.	Ausgangslage	344
2.	Die Vereinbarkeit gesetzlicher Präklusionsregeln mit dem Anspruch auf rechtliches Gehör	344

a)	Diskussionsstand zum Verfahren vor den staatlichen Gerichten	345
b)	Übertragung der Ergebnisse auf die <i>lex arbitri</i>	347
V.	Regelungen zur Präklusion im Schiedsverfahren	347
1.	Die Präklusionsnormen der <i>lex arbitri</i> im Einzelnen	348
a)	Der Verlust des Rügerechts nach § 1027 ZPO	348
b)	Die Änderung oder Ergänzung von Klage bzw. Angriffs- und Verteidigungsmitteln (§ 1046 Abs. 2 ZPO)	349
aa)	Klage, Angriffs- oder Verteidigungsmittel	350
bb)	Änderung oder Ergänzung	351
cc)	Verspätung als Verstreichenlassen einer gesetzten Frist	353
dd)	Keine genügende Entschuldigung	355
ee)	Verzögerung als ungeschriebene Tatbestandsvoraussetzung	355
ff)	Rechtsfolge: Ermessen des Schiedsgerichts	357
gg)	Rechtsfolgen einer fehlerhaften Zurückweisung des Vortrags	358
c)	Die Rüge der Unzuständigkeit (§ 1040 Abs. 2 S. 1 ZPO)	358
d)	Die Rüge der Befugnisüberschreitung durch das Schiedsgericht (§ 1040 Abs. 2 S. 3 ZPO)	359
2.	Parteivereinbarungen über die Präklusion	360
a)	Parteivereinbarungen, die hinter den gesetzlichen Präklusionsregeln zurückbleiben	360
b)	Parteivereinbarungen, die über die gesetzlichen Präklusionsregeln hinausgehen	361
§ 19 Rechtliches Gehör und „Versäumnisverfahren“		363
I.	Zweck einer Säumnisregelung	363
II.	Die Unterschiede gegenüber dem Versäumnisverfahren nach §§ 330 ff. ZPO	364
III.	Das Verschulden als Anknüpfungspunkt für die Säumnisfolgen	365
IV.	Die Säumnisregelungen des § 1048 ZPO	365
1.	Die Klagesäumnis (§ 1048 Abs. 1 ZPO)	365
2.	Die Klageerwiderungssäumnis (§ 1048 Abs. 2 ZPO)	366
3.	Verhandlungs- oder Beibringungssäumnis (§ 1048 Abs. 3 ZPO)	367

a)	Erfordernis einer vorherigen Aufforderung	367
b)	Fortführung des Verfahrens nach Ermessen des Schiedsgerichts.....	368
c)	Begrenzte Untersuchungspflicht auch bei Verhandlungssäumnis?.....	369
V.	Vereinbarung eines „echten“ Versäumnisverfahrens	370

Fünfter Teil:
Grundstrukturen des Aufhebungsverfahrens
am Beispiel der Verletzung rechtlichen Gehörs

§ 20	Grundstrukturen des Aufhebungsverfahrens nach § 1059 ZPO	377
I.	Die Wahlfreiheit der unterlegenen Partei zwischen Angriff und Verteidigung	377
II.	Ausgangssituation und Interessenlage	378
III.	Das Aufhebungsverfahren zwischen Kontrolle und Eigenverantwortung.....	380
IV.	Grundlagen des Aufhebungsverfahrens.....	381
§ 21	Die Rüge der Verletzung rechtlichen Gehörs im Schiedsverfahren	383
I.	Die Lösung in ausländischen Rechtsordnungen	383
II.	Die Lösung nach früherem deutschen Recht	384
III.	Die Lösung nach neuem deutschen Recht	385
1.	Zweifel an der Anwendbarkeit des § 1027 ZPO bei Gehörsverletzungen	386
2.	Verzichtbarkeit oder Möglichkeit abweichender Vereinbarungen.....	386
3.	Vergleich mit § 295 ZPO	387
4.	Teleologische Auslegung.....	388
5.	Lösung des Problems durch Rechtsfortbildung	389
a)	Analoge Anwendung von § 1027 ZPO?	389
b)	Prozessuale Verwirkung des Rügerechts?.....	389
aa)	Die Voraussetzungen einer Präklusion nach § 1027 ZPO	390

bb) Eintreten der prozessualen Verwirkung.....	391
6. Ergebnis	392
7. Exkurs: Vereinbarungen, dass Verfahrensfehler präklidiert sein sollen	393
§ 22 Die Geltendmachung der Gehörsverletzung im Aufhebungs- bzw. Vollstreckbarerklärungsverfahren nach §§ 1059 f. ZPO	394
I. Der Meinungsstand zum einschlägigen Aufhebungsgrund	394
II. Die Systematik der Aufhebungsgründe in § 1059 Abs. 2 ZPO und die Notwendigkeit einer eindeutigen Zuordnung	397
1. Die prozessualen Unterschiede zwischen den in Nr. 1 und den in Nr. 2 genannten Aufhebungsgründen	397
2. Die prozessualen Unterschiede zwischen Nr. 1 lit. b und Nr. 1 lit. d	400
III. Die Suche nach dem einschlägigen Aufhebungsgrund	405
1. Die Verletzung rechtlichen Gehörs als Aufhebungsgrund nach § 1059 Abs. 2 Nr. 1 lit b ZPO.....	405
2. § 1059 Abs. 2 Nr. 1 lit. b ZPO als dem § 1059 Abs. 2 Nr. 1 lit. d ZPO vorrangiger Aufhebungsgrund.....	408
3. Die Verletzung des Gehörsanspruchs als Verstoß gegen den ordre public (§ 1059 Abs. 2 Nr. 2 lit. b ZPO)?	409
a) Zweck des ordre public-Vorbehalts	409
b) Begriff des ordre public.....	410
c) § 1059 Abs. 2 Nr. 1 lit. b ZPO als dem ordre public vorrangige, speziellere Vorschrift	411
d) Schwere der Gehörsverletzung nicht entscheidend.....	413
e) Keine ungewollten Rechtsschutzlücken durch Verfristung	415
f) Vergleich mit der Situation vor staatlichen Gerichten ..	418
g) Zusammenfassung	421
IV. Die Aufhebung des Schiedsspruchs nach § 1059 Abs. 2 Nr. 1 lit. b ZPO	421
1. Antragsberechtigung	422
2. Antragsteller hat Angriffs- und Verteidigungsmittel nicht geltend machen können.....	422
3. Keine gehörige Information oder aus sonstigen Gründen ..	423
4. Sonstige Voraussetzungen	424
5. Die Abgrenzung einer Gehörsverletzung von unbeachtlichen Fehlern	424

a) Verbot der révision au fond einer Gehörsverletzung?	424
b) Versuch, die Gehörsverletzung durch eine Formel greifbar zu machen	426
6. Die Anforderungen an das begründete Geltendmachen der Gehörsverletzung	427
a) Differenzierung nach der Ausprägung des Gehörsanspruchs	428
b) Darlegung und Beweis des eigenen Sachvortrags.....	429
c) Der Beweis durch die Entscheidungsgründe des Schiedsspruchs	430
d) Vernehmung der Schiedsrichter	433
V. Rechtsfolgen des erfolgreichen Aufhebungsantrags nach § 1059 ZPO	434
1. Die Aufhebung des Schiedsspruchs durch das staatliche Gericht.....	434
2. Kein Ermessen des staatlichen Gerichts bei der Aufhebung.....	434
3. Die Zurückverweisung an das Schiedsgericht (§ 1059 Abs. 4 ZPO).....	435
a) Grundlagen	435
b) Die Gehörsverletzung als „geeigneter Fall“ i.S.v. § 1059 Abs. 4 ZPO?.....	436
4. Exkurs: Die Verweigerung der Vollstreckbarerklärung (§ 1060 f. ZPO)	439
5. Zusammenfassung	439
 § 23 Die Aufhebung eines Grundschiedsspruchs	440
I. Die Situation des Grundschiedsspruchs.....	440
II. Die verneinende Ansicht.....	440
III. Der (vermeintliche) Grundschiedsspruch in der Rechtsprechung.....	441
1. Entscheidung des Reichsgerichts vom 28.1.1908	442
a) Inhalt der Entscheidung.....	442
b) Analyse und Bedeutung für die Aufhebung eines Grundschiedsspruchs.....	442
2. Entscheidung des Reichsgerichts vom 11.1.1935	446
a) Inhalt der Entscheidung.....	446
b) Analyse und Bedeutung für die Aufhebung eines Grundschiedsspruchs.....	446
3. Entscheidung des Reichsgerichts vom 27.3.1942	447

a) Inhalt der Entscheidung.....	447
b) Analyse und Bedeutung für die Aufhebung eines Grundschiedsspruchs.....	447
4. Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 7.10.1953.....	449
a) Inhalt der Entscheidung.....	449
b) Analyse und Bedeutung für die Aufhebung eines Grundschiedsspruchs.....	449
5. Entscheidung des OGH vom 25.6.1992.....	450
a) Inhalt der Entscheidung.....	450
b) Kritik an der Entscheidung in der österreichischen Literatur.....	451
c) Fehlende Übertragbarkeit der Entscheidung auf die deutsche <i>lex arbitri</i>	453
6. Entscheidung des OLG Frankfurt vom 10.5.2007	454
a) Inhalt der Entscheidung.....	454
b) Kritische Würdigung der Entscheidung	455
7. Zwischenergebnis	455
IV. Die Anfechtung von Grundschiedssprüchen in der Literatur	456
1. Die verneinenden Ansichten	456
2. Die bejahenden Ansichten	456
V. Blick auf andere Rechtsordnungen	458
VI. Begründung einer selbstständigen Anfechtbarkeit eines Grundschiedsspruchs	459
1. Interessenlage der Beteiligten	459
2. Interesse des Staates an einer frühzeitigen Kontrolle des Schiedsspruchs	460
3. Die Möglichkeit der Aufhebung eines Grundschiedsspruchs nach der <i>lex arbitri</i>	461
a) § 1026 ZPO als Grenze staatsgerichtlicher Tätigkeit.....	461
b) Die Legitimation der Aufhebung eines Grundschiedsspruchs durch § 1059 ZPO	462
aa) Wortlautauslegung	462
bb) Systematische Auslegung	463
cc) Teleologische Auslegung.....	464
4. Ergebnis	465
 Zusammenfassung in Thesen und Schlussbetrachtung	467
 Literaturverzeichnis.....	483
Sachregister	507